

ANALYSE zur zunehmenden Politisierung der Bildungsentscheide im Kanton Baselland

Lehrplan nicht den Parteien überlassen

Die Idee des Baselbieter Bildungsrats ist eigentlich bestechend: Ein breit abgestütztes Gremium, in dem Politiker, Fachleute sowie Verbandsvertreter zusammen über Bildungsfragen diskutieren, den Regierungsrat und die Bildungsdirektion beraten und über Stundentafeln, Stufenlehrpläne sowie Lehrmittel entscheiden. Doch dieses Gremium gerät stark unter Druck - politischen Druck. Es steht der Vorwurf im Raum, dass der Bildungsrat den Bezug zum Berufsalltag der Lehrkräfte und zu den wirklichen Bedürfnissen der Schüler verloren habe. Das über allem thronende Beispiel hierfür soll der Lehrplan 21 sein, der jetzt «Lehrplan Volksschule BL» heisst.

Was liegt also näher, als dass man dem Bildungsrat die Entscheidungskompetenz über den Lehrplan entzieht und sie den Vertretern des Baselbieter Stimmvolkes - dem Landrat - zuspricht? Genau das möchte Landrat Jürg Wiedemann von den Grünen-Unabhängigen, der bekanntlich auch Teil des Komitees Starke Schule

Baselland ist. Mit seiner Parlamentarischen Initiative fand er vor einer Woche Gehör bei SVP, FDP und Teilen der politischen Mitte. Mit 50 zu 35 Stimmen wurde das Vierfünftelmehr allerdings verpasst, sodass es nun zum Urnengang kommt.

Doch stimmen die Vorwürfe, dass der Bildungsrat ein realitätsfernes Expertengremium ist? Ein Blick auf die genaue Zusammensetzung genügt, um dies zu verneinen: 14 Mitglieder umfasst der Rat. Präsiert wird er von der aktuellen Bildungsdirektorin Monica Gschwind (FDP), Vizepräsident ist mit dem Geschäftsführer des Ausbildungsverbands der beruflichen Grund- und Weiterbildung Apretas, Rolf Knechtli, ein Fachmann. Er sitzt als Vertreter der Handelskammer beider Basel im Bildungsrat. Auch Wirtschaftskammer-Vertreter Urs Berger ist im Bereich Berufs- und Weiterbildung tätig. Dazu kommen jeweils ein Vertreter von SVP, FDP, SP, Grünen und CVP, vier Vertreter der Lehrerschaft (drei der Amtlichen Kantonalkonferenz und einer vom Lehrerverein) sowie mit Sozialarbeiterin



Michael Nittnaus
«Es findet eine Politisierung und Ideologisierung der Bildung statt.»

Severine Wirz eine Vertreterin des Gewerkschaftsbundes. Nur mit einer beratenden Stimme vertreten sind die Landeskirchen Baselland.

Bei 13 stimmberechtigten Mitgliedern bräuchte es also mindestens 7, die wissen, wie ein praxistauglicher Lehrplan aussehen muss. 4 sind wie erwähnt Lehrer, 2 sind in leitenden Funktionen in der Berufs- und Weiterbildung tätig - macht 6. Die 5 Parteivertreter sind zwar explizit keine Lehrer, sondern unter anderem Juristen oder Kaufmännische Angestellte. Doch werden sie ja von den Parteien selber ausgewählt. Überhaupt wählt der Landrat - auf Vorschlag der Regierung - den Bildungsrat alle vier Jahre.

Die Vorwürfe der Landratsmehrheit sind also haltlos. Mehr noch: Sie verschleiern das eigentliche Interesse, das hinter dem Angriff steht. Vor allem die Ratsrechte möchte dank ihrer neuen Stärke vermehrt Einfluss darauf nehmen, wie und was an den Baselbieter Schulen gelehrt werden soll. Es finden eine Politisierung

und eine Ideologisierung der Bildung statt - und dies bei Entscheidungen, die direkt das Schulzimmer betreffen. Das ist aber eben gerade das, was man mit dem Bildungsrat verhindern wollte.

Sollen wirklich die 90 Volksvertreter mit all ihren politischen Interessenbindungen darüber entscheiden, wie die «Gute Schule Baselland» der Zukunft aussieht? Damit soll nicht gesagt sein, dass der Lehrplan 21 ein vollumfänglich gelungenes Werk ist. Mitnichten. Tatsächlich hat er einige Schwächen und musste bereits stark überarbeitet werden. Eventuell folgt noch eine weitere Überarbeitung. Doch wird er erst einmal im Schulalltag angewendet, wird er automatisch von den Schulleitern und den Lehrern praxistauglich interpretiert. Viel schlimmer wäre es dagegen, wenn der Lehrplan 21 durch die Kompetenzverschiebung endgültig den parteipolitischen Grabenkämpfen zwischen Links und Rechts im Landrat ausgeliefert würde.